10.07.2010

SPD Bedburg-Hau fordert den großen Wurf

Sparmaßnahmen bei Vereinen nur, wenn auch die Politik mit gutem Beispiel vorangeht.

Hans Gerd Fruhen, Fraktionsvorsitzender der SPD Bedburg-Hau: "Wir wollen jetzt den großen Wurf"

Die Gemeinde Bedburg-Hau muss sparen. Dazu liegen den örtlichen Politikern zur Ratssitzung am 13. Juli entsprechende Beschlussvorlagen vor. Die SPD Bedburg-Hau hat sich entschieden und legt sich fest.

Die geplanten Kürzung bei Vereinen und den freiwilligen Leistungen hält die SPD grundsätzlich für vertretbar. Sie knüpft ihre Zustimmung aber ausdrücklich daran, ob die Politiker die Kraft besitzen die beantragten Sparmaßnahmen bei sich selbst, also die Kürzungen der Aufwandentschädigung für Ortsvorsteher und Ratsmitglieder, zu beschließen. Ferner fordert die SPD Bedburg-Hau zwecks Einsparung eine Verkleinerung des Rates um 2 Ratsvertreter. Dies wurde dem Gemeinderat von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW schon vor einiger Zeit empfohlen.

„Eine Abschaffung der Vergütung der Ortsvorsteher fordern wir seit Jahren. Wenn nun auch die FDP diese Auffassung überzeugt hat und als Antrag formuliert, werden wir sie beim gemeinsamen Ziel unterstützen. Eine Kürzung der Aufwandsentschädigung der Ratsvertreter haben wir in der Vergangenheit abgelehnt, sind aber bereit nun diesem Vorschlag zu folgen. Dann erwarten wir aber auch ein entgegen kommen der anderen Fraktionen bei der Verkleinerung des Rates. Die Chance für eine Verkleinerung des Rates wird sich wohl sonst nicht mehr ergeben. Wir fordern jetzt den Mut zum großen Wurf. Alle

Maßnahmen müssen zusammen beschlossen werden“ erläutert der SPD Fraktionsvorsitzende Hans Gerd Fruhen die Position der SPD Bedburg-Hau.

Wilhelm van Beek, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD Bedburg-Hau: "Politik muss beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen"

Sein Stellvertreter Wilhelm van Beek ergänzt. „Es ist richtig, dass wir Politiker mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Nur wenn wir eine Vorreiterrolle übernehmen und glaubhaft bei uns anfangen zu kürzen, werden die Bürger bereit sein Einsparungen bei sich zu akzeptieren. Eine Kürzung bei den Vereinen und den freiwilligen Leistungen ist doch sonst überhaupt nicht zu vertreten - und würde von uns abgelehnt“